

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Badischer Beobachter. 1863-1935
1910**

41 (21.2.1910) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Dräger zugestellt, monatlich 90 Pf., vierstündiglich M. 2.70. An der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pf., bei der Post bezahlt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierstündiglich.

Befüllungen werden jederzeit entgegenommen.

Herausgeber
Nr. 535.

Beilagen:
"Sterne und Blumen".
"Blätter für den Familienschatz".

Herausgeber
Nr. 535.

Anzeigen: Die sechspartige Zeitung oder deren Raum 25 Pf.
Stellamen 60 Pf. Volksangebote billiger. Bei öfterer Wiederholung
entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle
Anzeigen-Vermittlungsstellen an.

Nedaktion und Geschäftsführer: Adalbertstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).

Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft "Babenia" in
Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Beauftragter: S. Theodor Meyer;
für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: H. C. von Wahl; für die Unterhaltungs-
beilage, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; Familienleben in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Reklame:
Hermann Bäbler in Karlsruhe.

Reichstagspräsident Graf Stolberg †.

= Berlin, 19. Februar.
Der Präsident des Reichstages, Graf Stolberg-Bernigeroode, ist heute abend 7 Uhr nach einer neuen Operation, die am Nachmittag vorgenommen wurde, verstorben. Am Sterbebett weinte seine Gattin und sein Schwiegersohn, Graf zu Eulenburg-Preußen. Der Verstorbene stand kurz vor der Vollendung seines 70. Lebensjahrs.

Graf Ido zu Stolberg-Bernigeroode war am 4. März 1840 in Berlin geboren. Er absolvierte das Gymnasium in Gütersloh und machte an der Universität Halle Staatswissenschaftliche Studien. Die Feldzüge von 1866 und 1870/71 machte Stolberg als aktiver Offizier mit; bei Königgrätz wurde er schwer verwundet. Dann war er Landrat des Kreises Landshut in Schlesien und bewirtschaftete seine Güter Auepwelzow in Schlesien und Döhlendorf in Ostpreußen. 1891–1892 war er Oberpräsident der Provinz Oldenburg. 1872 wurde Stolberg ins preußische Herrenhaus berufen. Dem Reichstag gehörte der Verstorbene von 1877–1881, von 1884–1883 und wieder seit 1895 als Mitglied der deutsch-konservativen Partei an. Er war von 1901–1906 erster Vizepräsident und seit 1907 Präsident des Reichstages. Nebenamtlich ist Graf Stolberg im Reichstag verhältnismäßig wenig hergeholtet; es waren überwiegend repräsentative Pflichten, welche die Konservativen bestimmten, ihm zum Präsidenten wählen zu lassen. Seit langer Zeit war Stolberg schwer leidend und er hat seit Monaten nicht mehr als Präsident fungiert.

Zum Tode des Reichstagspräsidenten Grafen zu Stolberg-Bernigeroode wird noch gemeldet: Aufschluss an die Eugeniuszündung entwidete sich eine Nippeskenzündung. In der Kreisstadt Altona in der Martin-Luther-Kirche, in welche Graf Stolberg heute morgen übergeführt wurde, wurde eine Punktionsvorgabe, um das Exsudat zu entfernen. Gegen 7 Uhr nachmittags trat Herzschwäche ein. Unmittelbare Todesszene war ein Dampfenschlag.

Über das Ableben des Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg wird noch berichtet: Bis zum Mittag war der Zustand des Patienten nach dem Verhandlung; dann trat plötzlich ein Umlaufwind ein, sodass die Angehörigen bedenklich werden mussten. Die Gattin sowie der Schwiegersohn eilten sofort an das Sterbelager. Kurze Zeit nach ihrer Ankunft trat Agone ein und gegen 7 Uhr erlöste der Tod den Grafen aus seinem Leid. Als Todesursache wurde Einengung festgestellt. Das Kaiserpaar, das Kronprinzenpaar, der Reichskanzler und andere Würdenträger wurden noch gestern Abend von dem Ableben des Grafen Stolberg in Kenntnis gesetzt. Die Beise wurde nach dem Präsidentenhaus überführt. Heute mittag fand eine Beisetzung des Präsidenten im Reichstagsgebäude statt, um in Nebenräumung mit den Angehörigen wegen der Beisetzungsfestlichkeiten nähere Entschließung zu lassen.

Wenn auch das Ableben des Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg nicht völlig unerwartet gekommen ist, hat doch der schnelle Eintritt der Katastrophe völlig überrascht. Alle Blätter ohne Unterschied der Partei widmen dem Dahingegangenen warme Nachrufe. Auch die linksstehenden Blätter betonen, dass man in dem konferentiellen

Präsidenten nie einen persönlichen Gegner erblickt habe und ersten sein Bestreben wohl an, nach allen Richtungen hin imparitisch vorzugehen. Sein Humor habe oft über schwierige Situationen hinweggekehrt. Seine Gerechtigkeit habe ihm bei Freunden und Feinden höchste Achtung und Reverenz eingebracht. Ein reiches Wirken im Dienste des Vaterlandes habe seinen Abschluss gefunden.

Berlin, 20. Febr. Der Frau Gräfin Ido zu Stolberg-Bernigeroode ist folgendes Telegramm zugegangen: „Auf das schmerzliche Beweis durch die Nachricht von dem Tode ihres Gatten, den ich schon auf dem Wege der Besserung hoffte, spreche ich Ihnen aus, wie ich mit schmerzlicher und inniger Teilnahme Ihrer gedenke. Das Absehen Ihres Gatten ist ein sehr großer Verlust für mich und das Reich, um das er sich aufopferte. Seine hohen Verdienste und seine ehrenvolle und vornehme Persönlichkeit wird mir stets unvergänglich sein. Sie aber möge Gott in Ihrem großen Schmerz trösten.“

Wihlheim i. R. – Berlin, 20. Febr. Nach Erkundigungen an zuständiger Stelle schlägt in der morgigen Reichstagsitzung Vizepräsident Dr. Spann nach einem Raufruf an den verstorbenen Präsidenten vor, sich zu vertragen. Am Dienstag findet keine Sitzung statt wegen der auch nachmittags 4 Uhr anberaumten öffentlichen Trauerfeierlichkeit in der Dreifaltigkeitskirche, nach deren Beendigung die Leiche nach dem Gute Dönhofstädt (Kreis Rastenburg) übergeführt werden soll. Die notwendig werdende Präsidentenwahl wird voraussichtlich Donnerstag erfolgen.

* Die neueste nationalliberale Hay

welche die „Badische Landeszeitung“ mit dem Artikel vom Samstag „Preßbanditen“ eingeleitet hat, in welchem übrigens die schwersten Verdächtigungen gegen bestimmte Zentristen enthalten sind, ist geplant gegen die Zentrumspresse. Dafür liegen uns mehrere Beweise vor.

Die in Bruchsal tagende Versammlung der jungliberalen Vereine hat dem Rat der „Bad. Landeszeitung“ Rechung getragen und folgende Resolution gefasst:

Der erste Artikel dieser Correspondenz trägt die Überschrift „Zentrumssystem“ und behauptet sich mit einer Ausführung des Zentrumsausschusses Steinhardt, der zu Unrecht mit einem privat geäußerten Wort des Abg. Rohrbach häusleren gegangen sein soll. Wir wissen nicht, um was es sich dabei handelt. Der zweite Artikel des Artikels lautet:

Den gleichen Grad politischer Reife zeigte gestern der „Bad. Beobachter“ in einer Notiz „Ministeriums in Baden“. Ohne jeden Beweis und ohne überhaupt auch nur den Schein eines Beweises in Händen zu haben, schreibt er sich nicht, die in diesem Falle frivole Behauptung einzuschlagen scheine. Am meisten waren die Ausdrucksmitglieder empört über die persönliche Höhe der Zentrumspresse gegen ungern Abgeordneten. Alle waren der Meinung, dass das Zentrum gerade im gegenwärtigen Augenblick einen Anlauf hätte, vor der eigenen Türe zu schaffen. Vor allem müsste die durch die „Badische Volkszeitung“ in die Öffentlichkeit getragenen Angriffe des katholischen Männervereins entschieden zurückgewiesen werden.

Die politisch ernst das jungliberale Schreiterum

zu nehmen ist, zeigt wieder die jungliberale Aussprache, in der sich Unfähigkeit mit Parteianalphabeten paaren. Es ist also von jetzt an von den Jungliberalen der schönen Baderstadt seitseitlicher Pflicht

der Abgeordneten, jeden unkontrollierten Klatsch in den Landtag zu bringen und das öffentlich vorzu-

Es liegt sehr nahe, gerade auf die Beziehungen zwischen den Abgeordneten- und Oberhofsrats-Eigenchaft hinzuweisen. Das ist seitens des „Bad. Beob.“ geschehen, das in sich im Parlament gelehren, das in sich im Parlament gelehren, dass die Liberalen die in sich im Parlament gelehren, dass der parteipolitisch nicht angenehm ist, sich darüber theatralisch aufzuregen. Wenn sie Dinge vermeiden wollen, wie sie in der Schuldebatte nach dieser Richtung hin unliebsam hervorgebracht sind, dann dürfen sie eben keinen Oberhofsrat mehr zum Abgeordneten wählen. Solange der Oberhofsrat Abgeordnet ist, so lange ist auch der Abgeordnete Oberhofsrat. Diese beiden Eigenschaften können nicht so von einander getrennt werden, dass eine gar nichts mit der anderen zu tun hat. Dass sich Herr Stöblin bei seinen von dem Vertreter des Oberhofsrats zum Teil selbst als ungehörig gefestigten neuen Angriffen auf Lehrer aus seiner Freunde berufen konnte, wirft doch ein recht eigenartiges Licht auf die Situation. Die Objektivität des Beobachtens ist ebenso wie die Unschuld des Lehrers bestimmt, ob der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende den Oberhofsrat in Situationen bringen kann, wie jene, die im „Bad. Beobachter“ im Zusammenhang mit den Denunziationen Stöblins im Parlament gekennzeichnet wurden, das zeigt die Erfahrung. Neben die Objektivität des Politikers Rebmann erlauben wir uns anderer Ansicht zu sein als die Jungliberalen, besonders nachdem wir den Herrn Abg. Rebmann als Agitator gegen die Reichsfinanzreform und das Zentrum kennen gelernt haben. Was er dort gegen Finanzreform und Zentrum ausführte, unterrichtet sich in nichts von dem, was die nationalliberalen Presse sich leistete.

Andere Dokumente für die beabsichtigte nationalliberale Hay gegen die Zentrumspresse liefern uns die nationalliberale Korrespondenz vom 19. Febr., die auf einer vertraulichen Mitteilung, welche den Sohn eines nationalliberalen Landtagsabgeordneten betrifft, fast nur Artikel enthält, welche dieser Hay mehrere Beweise vor.

Die in Bruchsal tagende Versammlung der jungliberalen Vereine hat dem Rat der „Bad. Landeszeitung“ Rechung getragen und folgende Resolution gefasst:

Der erste Artikel dieser Correspondenz trägt die Überschrift „Zentrumssystem“ und behauptet sich mit einer Ausführung des Zentrumsausschusses Steinhardt, der zu Unrecht mit einem privat geäußerten Wort des Abg. Rohrbach häusleren gegangen sein soll. Wir wissen nicht, um was es sich dabei handelt. Der zweite Artikel des Artikels lautet:

Den gleichen Grad politischer Reife zeigte gestern der „Bad. Beobachter“ in einer Notiz „Ministeriums in Baden“. Ohne jeden Beweis und ohne überhaupt auch nur den Schein eines Beweises in Händen zu haben, schreibt er sich nicht, die in diesem Falle frivole Behauptung einzuschlagen scheine. Am meisten waren die Ausdrucksmitglieder empört über die persönliche Höhe der Zentrumspresse gegen ungern Abgeordneten. Alle waren der Meinung, dass das Zentrum gerade im gegenwärtigen Augenblick einen Anlauf hätte, vor der eigenen Türe zu schaffen. Vor allem müsste die durch die „Badische Volkszeitung“ in die Öffentlichkeit getragenen Angriffe des katholischen Männervereins entschieden zurückgewiesen werden.

Die politisch ernst das jungliberale Schreiterum

zu nehmen ist, zeigt wieder die jungliberale Aussprache, in der sich Unfähigkeit mit Parteianalphabeten paaren. Es ist also von jetzt an von den Jungliberalen der schönen Baderstadt seitseitlicher Pflicht

der Abgeordneten, jeden unkontrollierten Klatsch in den Landtag zu bringen und das öffentlich vorzu-

Es entspricht dies nur der Zentrumspartie, die das System der persönlichen Verdächtigung aufs raffindeste ausgebaut hat, und gegenüber einem unbekannten Gegner – selbst wenn er Staatsminister ist – kein Mittel unverzichtbar läßt, um ihn zu befehligen. Die Zahl der Männer, die von ihm persönlich bekämpft werden, müssen täglich täglich! Es scheint – beim Zentrum sehr wadelig zu stehen! Im übrigen darf in Sachen Durchnodus bestehen werden, dass die nationalliberale Partei seine letzte Haltung in der Angelegenheit der Heidelberg-Professuren erfüllt, die notwendig war, um all die hinterher-Bemühungen der Konseriativen zu vereiteln! Es könnte in dieser Richtung den Konseriativen mit „manchen“ gedient werden!

Was hier vom „Bad. Beobachter“ behauptet wird, ist eine leichtfertige Verleumdung, die um so schwerer ist, je sicherer sie vorgebracht wird. Was wir mitteilen, ist in sehr ernst zu nehmenden Kreisen erörtert worden und zwar genau so erörtert worden, wie wir es brachten. Wir wissen nicht, wie ein anständiger Mensch dazu kommt, eine von uns gebrachte Meldung, welche wir formell als Gewürdigung wiedergeben und mit allem Vorbehalt wiedergeben, als „frivole Behauptung“, ja als bewährte Unwahrheit zu bezeichnen.

Journalistisch ist diese Leistung unqualifizierbar. Wir bemerken dazu nur, dass uns bis zur Stunde weder bekannt ist, ob jene Gerüchte von einer Ministerfrist sich inzwischen bestätigt haben oder ob sie tatsächlich unrecht sind. Zedenfalls ist uns dieses unglückliche Element in seinem beleidigenden und anmaßenden Ton objektiv nicht maßgebend.

Ein weiterer Artikel der „B. R. C.“ dient ebenfalls der Hay wider die Zentrumspresse. Da heißt es in einem Artikel aus Baden-Baden über eine Versammlung des jungliberalen Vereins:

Nach Erledigung der beiden Hauptpunkte des Tagesordnung, die den bevorstehenden Bruchsaler Vertretertag sowie die Generalversammlung des Vereins betraf, kam die Sprache auch auf die letzten überaus gehäufigen Angriffe der Zentrumspresse gegen unsere Abgeordneten. Der weitere Verlauf der Diskussion gestaltete sich zu einer spontanen Vertrauensabstimmung für den Abgeordneten Stöblin. Alle Redner verzichteten die Aufführung, dass es nicht nur ein Recht, sondern gerade die Pflicht eines Abgeordneten sei, Widersprüche im Staatswesen in öffentlicher Landtagssitzung zur Kenntnis der Regierung zu bringen, nicht aber Verhandeln hinter herum in demokratischer Weise den staatlichen Behörden mitzuteilen – ein Weg, den das Zentrum in solchen Fällen einzuschlagen scheine. Am meisten waren die Ausdrucksmitglieder empört über die persönliche Höhe der Zentrumspresse gegen ungern Abgeordneten. Alle waren der Meinung, dass das Zentrum gerade im gegenwärtigen Augenblick einen Anlauf hätte, vor der eigenen Türe zu schaffen. Vor allem müsste die durch die „Badische Volkszeitung“ in die Öffentlichkeit getragenen Angriffe des katholischen Männervereins entschieden zurückgewiesen werden.

Die politisch ernst das jungliberale Schreiterum zu nehmen ist, zeigt wieder die jungliberale Aussprache, in der sich Unfähigkeit mit Parteianalphabeten paaren. Es ist also von jetzt an von den Jungliberalen der schönen Baderstadt seitseitlicher Pflicht der Abgeordneten, jeden unkontrollierten Klatsch in den Landtag zu bringen und das öffentlich vorzu-

Der apostolische Stuhl in St. Peter und das päpstliche Kreuz.

Jeder Herrscher hat sein Sinnbild, jede Macht hat ihr Symbol. Die Kaiser und Könige haben ihre Kronen; man spricht von der „Krone Bayern“ und von dem, was die „Krone Preußen“ zu tun beabsichtigt.

Das Sinnbild oder das Symbol der obersten Autorität der Kirche ist indessen, nebst dem Kreuz, nicht die Krone oder die dreifache Krone der Bäume, sondern der „apostolische Stuhl“, bei ihm sind die fremden Bischöfcher und Geistlichen beglückt; der apostolische oder der heilige Stuhl ist es, welcher die Autorität der Kirche darstellt und in allen Dingen repräsentiert.

Der apostolische Stuhl ist indessen keineswegs der päpstliche Thron, welcher im vatikanischen Thronsaal steht und welchen die Päpste bei Audienzen und feierlichen Empfängen zu benutzen pflegen. Der apostolische Stuhl ist ein ganz anderer: er ist im eigentlichen Sinne zwar nur ein Symbol, aber er existiert auch wirklich. Er ist also keineswegs ein bloßes Sinnbild wie z. B. die Leinwandmütze oder die Biskopenbündel der heutigen Republiken.

Schon zu Zeiten Gregors des Großen war die Verehrung eines „apostolischen Stuhls“ in Rom eine altehrwürdige. Die Berehrung galt einem Bischofsthron, welchen der Apostelfürst in Rom benutzt hatte. In den Gestaltungen der Präsidenten hatte man ihn gefunden; der heilige Petrus war in Rom der Gott der heiligen Sidoniana geweiht, deren Vater, der Patriarch Sidonius den genannten Friedhof angelegt hatte. Im 7. Jahrhundert wurde dieser Stuhl in die Peterskirche gebracht, wo er sich noch heute befindet. Er stand Jahrhundertelang in einer Seitenkapelle, wo er allen sichtbar war. Von sehr vielen Papstnorden wurde er bei deren Krönung benutzt. Bis zum 16. Jahrhundert wurde dieser Stuhl am

22. Februar (der alten Petri Stuhlfest) in feierlicher Prozession herumgetragen. Nach der Verlegung dieses Festtages durch Paul IV. auf den 18. Januar fand die Feier der „Cathedra Petri“ am diesen Tag statt.

Nach der Fertigstellung der neuen Peterskirche erbaute Bernini die bekannte Gruppe hinter dem Hochaltar, welche einen riesigen von vier Kirchenlehrern getragenen Stuhl darstellt; in diesem Bronzestuhl befindet sich der wirkliche „apostolische Stuhl“, wo er nunmehr den Blicken der Gläubigen entzogen ist. Nur ein einziges Mal wurde diese kostbare Reliquie aus ihrem Behälter hergeholt: das geschah gelegentlich der Seitenfeier der heiligen Apostel Petrus und Paulus im Jahre 1867. Eine Woche hindurch wurde der Stuhl in der Sakramentskapelle öffentlich ausgestellt, um dann wieder in seinen Behälter eingeschlossen zu werden.

Den berühmten Autokombensorführer de Rossi, dem gelehrten Lehrer Josef Wilpert, verdanken wir eine genaue Beschreibung sowie eine Photographie dieses Stuhles; er hatte von Pius IX. die Vollmacht erhalten, während der erwähnten Ausstellung, die Reliquie zu studieren. Nach ihm handelt es sich nicht mehr um den vollständigen primitiven Stuhl, den der Apostelfürst benötigte; nur zwei säulenartige, sehr rob gearbeitete Seitenstützen und einige innere Teile stammen noch vom alten Stuhl. Der gesuchte Rest ist byzantinische Arbeit aus der Zeit vor dem 7. Jahrhundert. An der Vorderseite, unter dem Sitz steht man 16 heilige Elfenbeinbilder: die zwölf Taten des Herkules sowie einige Reichen des Tierkreises. Vier eiserne Ringe, die erst später angebracht wurden, dienen zum Tragen des Stuhles in den erwähnten Prozessionen. Selbstverständlich dient der Stuhl von der Zeit sehr gut, aber es gibt kaum eine Reliquie von einer größeren Ehrwürdigkeit, als diesen wirklichen und ursprünglichen, edlen „apostolischen Stuhl“, welcher so reicht das Symbol des Papstums repräsentiert. Die Legende, nach

welcher die Kaiserin Helena, die Mutter Konstantins, den Stuhl aus Palästina nach Rom gebracht haben soll, ist sehr wahrscheinlich eine Legende.

Bereits des sagen „päpstlichen Kreuzes“ herrscht viel Unklarheit. In der viel verbreiteten „Kirchlichen Kunst“ (Jahrgang 11, 1906, 3. Seite)

heißt es, dass es das päpstliche Kreuz (pedum rectum) ein Stab mit drei Querbalten sei, welche nach oben immer länger werden. Früher galt ein doppeltes Kreuz als Symbol des Erlösers und seines Stellvertreters auf Erden. Als dann später den beiden Kronstiften der päpstlichen Krone noch ein dritter hinzugefügt wurde, gab man auch diesem päpstlichen Kreuz einen dritten Querbalken. Soweit das genannte Werk.

Richtigbar hat indessen ein päpstliches dreifaches Kreuz als eigentliches Symbol des Papstums niemals existiert. Während das Doppelkreuz sich auf vielen alten Bildern vorfindet, wurde das dreifache Kreuz mitbräuchlicher Weise zu einem päpstlichen Symbol gemacht. Die Päpste haben sich niemals als solche doppelten dreifachen Kreuzen bedient, nicht einmal (wie man es oft auf Bildern sieht), bei der Ordination oder Schließung der heiligen Porten in den Jubiläumsjahren. Im Bataillon existiert überhaupt kein derartiges Kreuz. Gelegentlich seines Jubiläums von 1887 erhielt Leo XIII. ein dreifaches Kreuz zum Geschenk, auf dessen Querbalken „Glaube, Liebe, Hoffnung“ dargestellt waren. Daselbe wurde indessen sofort, weil unvorschriftsmäßig, bestiegt und dann niemals wieder zum Vorschein kam. Da die Päpste keinen bishüflichen Hirtenstab haben, so bedienen sie sich bei gewissen Ceremonien eines einfachen Stabes mit einem kleinen einbalfigen Kreuz.

fragen; denn auf diese Ungehörigkeit kommt das heraus, was jungliberaler Unfähigkeit in Baden-Baden ausgeprochen hat. Mit solchen Leuten kann man sich im Ernst gar nicht beschäftigen. Der Wille, der auch hier durchdrückt und allein ernst zu nehmen ist, ist Hoffnung gegen das Zentrum und seine Presse, Entstellung der Laienfachern zu diesem Zweck und planmäßiges Geschrei zur Stimmungsmache wider die Zentrumsprese.

Ein weiterer Artikel des jämmerlichen nationalliberalen Parteifreundes ist übertrieben „Zentrumshege“. Er beginnt mit den Worten:

„Die wütige Hege, die in den letzten Tagen die Zentrumsprese des ganzen Landes gegen liberale Abgeordnete betreibt, übersteigt nachdrücklich das Maß des Erlaubten und führt zu einer Vergiftung des politischen Lebens, wie sie die Leistungen verschlechternder Zentrumsabgeordneter während der gegenwärtigen Volkszählung zeigen, leider auch die parlamentarische Tradition zu gefährden geeignet ist. Das führende Zentrumblatt, der „Badische Beobachter“, gibt das Zeichen zur Attacke und die Zentrumblätter, die „Badische Volkszeitung“ und die anderen bis herunter zum „Tauber- und Frankenbogen“ reisen blindlings nach. Wo der „Bad. Volks.“ hinhaut, da haut die „Bad. Volkszeitung“ mit verdoppelter Eritätzung zu, besonders wenn der Liebesdienst dem liberalen Abgeordneten der Stadt Baden gilt.“

Wie man sieht, soll mit aller Gewalt durch die liberale Presse der Antheim erregt werden, als tue die Zentrumsprese etwas ganz Unerhörtes, noch nie Dagewesenes, als seien die nationalliberalen Abgeordneten und besonders der Herr von Baden-Baden, die arglosen Opferlämmere der Zentrumsprese und der Zentrumsfaktion.

Wir machen nunmehr die gesamte Zentrumsprese auf diese neuzeitliche beabsichtigte, verlogene Stimmungsmache von nationalliberaler Seite aufmerksam, damit sofort Gegenmaßregeln ins Werk gesetzt werden können.

Die ganze Sache wird veranlaßt nach dem alten bewährten Rezept des Diebes, der davon sprangt und schreit: „Haltet den Dieb! Was haben wir denn seit Monaten, ja seit Jahren erlebt von nationalliberaler Seite? Gibt es einen Mann, der schon müster persönlich heruntergerissen wurde, als der Zentrumsführer Wadler? Hat man sodann nicht berüchtigt, in der nationalliberalen Presse den Abgeordneten Witemann ebenso als Abgeordneten wie als Richter unmöglich zu machen? Was hat man sich alles gegen den Abg. Dr. Schöfer geleiht? Wie hat man ihn auch als Briefer heruntergezogen und verachtet, ihm das öffentliche Auftreten zu verfehl? Wie ging es in den letzten Monaten dem Abg. Witemann? Burden nicht alle Hände angelegt, um ihm unmöglich zu machen, weiter Abgeordnet zu sein! Sogar seine Kinderwahl wurde in hämischer Weise in der „Bad. Landeszeitung“ in die Diskussion hereingezogen. Was knüpft sich nicht alles an den Namen des Abg. Seubert? Auch er sollte unmöglich gemacht werden. Liberale und Sozialliberalen prese übertrafen sich hier gegenseitig an Gemeinheit. Wie erging es seit Jahren den Männern, welche bei Wahlen für das Zentrum eintraten? Werde nicht der frühere „Wahlverwalter Hauser“ Ämter und Beihilfen abnehmen hinterlüftet und öffentlich seiner Behörde denunziert wegen seiner Agitation für das Zentrum? Hat man nicht die Namen Trenkle, Stegenbach, Müller, Köhler etc. in demagogischer Weise in den liberalen Blättern herumgedeutet?

Und da will diese nationalliberale Partei, die seit lange schon von der verlogensten Stimmungsmache Erfolg erhoffte, den Stiel umrutschen und das, was sie selbst in frechster Weise bis in die letzten Tage herein läßt und übt, der Zentrumsprese und dem Zentrum vorwerfen, die sich der Notwendigkeit fügten, allerdings sehr oft Anteil haben, sich mit Worten und Taten nationalliberaler Persönlichkeiten in abwehrendem Sinn zu beschäftigen. Man sei einmal z. B. die Reden des Herrn Dr. Dörfker, dann wird man begreifen, warum die Zentrumsprese sich viel mit diesem Herrn beschäftigt. Giffiger kann man gegen das Zentrum nicht reden, als es gerade der Herr Parteichef der Nationalliberalen beliebt.

Den Nationalliberalen aber bleibt es vorbehalten, in abschließendem Wahlfälschungs die Wahrheit zu verfehren und die Welt angulieren mit der Behauptung, das Zentrum und die Zentrumsprese seien der

allein schuldige Teile. Gegen diese plannähige, verlogene Mache werden wir mit aller Energie zu Werke gehen.

Deutschland.

Berlin, 21. Februar 1910.

Ungerechte Angriffe gegen den Vizepräsidenten

Spath erhebt den „Vorwärts“, indem er diejenigen unterstützen, die bevorzugt in der Rednerliste die Zentrumsabgeordneten. Als einziges Beispiel führt er dabei an: „Bei der Beratung des Kriegsgefechts wurde mir ein Rednerturnus zugelassen; Spahn brachte es aber fertig, außer den offiziellen Zentrumsabgeordneten noch zwei weitere, indirekt zum Zentrum gehörende Abgeordnete, einen Weisen und einen Elsäßer, zum Worte kommen zu lassen.“ Die Behauptungen sind vollkommen unwahr; beim Kriegsgefecht sprach namens des Zentrums der Abg. Dr. Hein und sonst niemand. Als alle Parteien ihre Redner entzündet hatten, kamen, wie es immer der Fall ist, die „Wilden“ an die Reihe, und zwar zunächst der Elsäßer Rieflin, der dem Zentrum nicht angehört; dann der Welse Dommerberg, der gar keine Tüpfel mit dem Zentrum hat. So wurde es stets gehalten und noch nie hat ich jemand gegen diese Art gewehrt. Der Angriff ist somit in allen Teilen deplatzt.

* Sie müssen also doch zahlen, die Steuerdrücker

bergen unter den Aktiengesellschaften. Der Bundesrat

hatte dies schon früher ausgesprochen, daß alle Bins

jeine, die zwischen dem 10. und 31. Juli 1909 aus

gegeben seien, der Steuer zu unterwerfen sind. Nun

hat er eine Ausnahme zugelassen. Sind aus Anlaß

einer Stempelfreien Erneuerung von Wertpapieren,

aus Anlaß einer Verlegung des Geschäftsjahrs oder

aus anderer geschäftlicher Veranlassung neue Gewinn-

anteilscheine oder Binsbogen unter Einziehung von

Bogen ausgereicht worden, die erst nach dem 31. Juli

1909 angelassen sein würden, so sind die neuen

Bogen von der Tarifnummer 3 A des Stempel-

gesetzes vom 15. Juli 1909 angeordneten Stempel-

abgabe frei zu lassen, falls der Beschluß, aus dessen

Veranlassung die neuen Bogen ausgegeben worden

sind, vor dem 10. Juli 1909 gefasst worden ist und

die neuen Bogen den Bezeichnungen vor dem

1. August 1909 zur Verfügung gestellt worden sind.

Unterschaffen die neuen Bogen Schemen für eine größere

Anzahl Jahre, als dies bei den alten Bogen der Fall

war, und beruft dies auf nach dem 31. Juli 1909 ge-

troffenen Anordnungen, so ist, soweit dies zutrifft,

die Stempelabgabe verhältnismäßig zu entrichten.

Gegen diese Ausnahme läßt sich nichts einwenden,

die bestätigt nur die Regel, daß die Gesellschaften zu

bezahlten haben. Wer zahlt lacht, lacht am besten.

* Das Kalifat in der Kommission.

The jog. Kommission des Reichstages hat am 17. Februar

ihre erste Sitzung abgehalten und zum Vorständen

Herrn Abg. Dörr (fr. Bvt.) gewählt.

Die Beratungen sollen erst am 25. d. M. beginnen, weil dem

Gesetzentwurf die erforderlichen Unterlagen über die

wichtigsten Fragen gar nicht beigegeben sind.

Die Alte, Erzberger, Dr. Stein und Miller-Zulda haben

deshalb den Antrag gestellt: Die Kommission wolle

bedenken: den Herrn Reichstanzler zu erüben, daß

notwendiges Material, das genau bezeichnet wird, für

die Kommission zu beschaffen. Wenn dieses Material

vorgelegt wird, wird man erst klar sehen, um welche Art von

Ausnahmegesetzgebung es sich in diesem Falle han-

det. Zwar sind alle Parteien darüber einig, daß die

Wirtschaftsförderung der deutschen Kaliprodukte ins Aus-

land nicht stattfinden soll, ebenso einig ist aber auch

die Mehrheit des Reichstages eine Ausnahme bilden

nur die konservativen, nationalliberalen und Wirt-

shaftliche Vereinigung, daß die deutsche Landwirt-

chaft nicht durch Annahme des Privatmonopolgesetzes

für alle Zeiten die bisherigen hohen Preise zahlen

soll, welche das Syndikat ihr bisher auferlegt hat.

Eine sonderbare Stellung nimmt dabei infolge eigen-

haftriger Interessenverfügung der Bund der Land-

wirte ein, welcher für geistliche Besitzungen ein-

tritt, die den Kalibergbau einbinden und ihm da-

für eine Monopolfeststellung auf Kosten der deutschen

Bauern einräumen würden. Schon jetzt steht fest,

dass die Kaliprodukte den Bauern bisher nur mit

200 bis 300 Proz. Gewinn aufzuholen geliefert werden

können. Diese geradezu exorbitante Belastung kann der

Bund der Landwirte doch zum Seiten der Kaliproduk-

tionsförderer nicht auch in der Zukunft aufrecht erhalten

nötige Material zu verschaffen. Und dennoch wag-

en die jämmerlichen Freunde auf diesem Gebiete, indem

sie um der Menschheit, um Erweiterung ihres

Wissens willen, dem Tode trocken und sich durch die

so genannten „Auferstehungsmänner“, jene Frevel-

dhären von Leichenräubern, die mit Leichenraub,

Leichenplünderung u. s. w. Gewerbe treiben, das

nötige Material für ihre anatomischen Studien ver-

hoffen liefern. So hat sich auch der Arzt Dr. Arthur

Lydes in London, wie schon öfters, eine Reise ver-

schafft, die ihm durch zwei jüdische Obengenannte

menschlichen Schädeln in einer Herbstnacht in sein

Studierzimmer geschleppt wird. Er erkennt zu seinem

Schrecken, daß es ein junges Mädchen aus seinem

heimnehmenden Hause, Evelyne Gray, die Verlobte des

Vaters Wainright ist. Schon ist er im Begriff, mit

seinem ihm assistierenden Fremden, Dr. Pembroke,

das Messer zur Sektion anzusehen, als die Tote, die

erst 5 Stunden in der Grube lag, auf deren Haupt

die Roten des Totenkörpers noch frisch sind, Zeichen des wieder erwachten Lebens gibt. Pembroke will sie töten, um nicht verraten zu werden, allein Dr. Lydes verhindert dies, und Pembroke

sieht, um nicht von der Erwachenden erkannt zu werden. Die reizende „Evelyne“, die an einem

hübschen Friedhof gestorben sein sollte, kommt zu sich, sie weiß nicht, wo sie sich befindet und Dr. Lydes

gelingt es, aus ihrem Gedächtnis die Vergangenheit

völlig zu verwischen und ihr quasi durch Suggestion

seine Gedanken, seine Willen einzugeben, ihr

begreiflich zu machen, daß sie außer ihm niemanden

auf der Welt habe. Durch ihn erhält sie ihr zweites Leben! Sie wird sein Weib und er flieht mit ihr nach Italien, nach Florenz, wo er bei einem berühmten

Manne der Wissenschaft, Malpighi, eine herzliche

Aufnahme findet und mit seiner jungen Frau ganz

zurückgezogen, ja schwer menschlichen lebt. Beide

sind aber nicht glücklich, ja quält sich vergebens ab,

ihre Vergangenheit mag zu rufen, ihnen droht die

Schuld, und diese seelischen Konflikte der beiden

enden erst, als der Zufall ihrer Verwandten, d. h.

ihre Schwester und ihren früheren Bräutigam mit

ihm zusammenführen, zu einem

Spaziergang entschlossen, zusammenführen. Ein Lied,

das sie früher gehört, und das ihre Schwester singt,

lotte sie an und führt die Katastrophe herbei. Dr.

Lydes ist nun gezwungen, die Wahrheit zu entdecken, und Evelyne und er trennen sich, beide erkennend,

dass „das neue Leben“, das sie miteinander führten,

ein ungünstiges, unbedeutendes ist. Die junge

Frau hält ihrem Gatten vor, daß er Unrecht getan,

er bleibt der Meinung, gerecht an ihr gehandelt zu

haben, und sein eigener Richter zu sein. Sie verzögert

ihn, legt ihn, und während er in einer anderen

Welt zieht, geht sie ins Kloster und lässt ihre

Schwester und den ehemaligen Bräutigam allein

zurück, aus weich bilden vornehmlich ein Paar

wird. Das ist in kurzen Zügen das Problem, das der

Dichter unter den Eingangs erwähnten geistlichen

Andeutungen behandelt. Wie hat er es aber gelöst,

was will er damit sagen? Soll er es lediglich ge-

schrieben haben, um sich zu entlasten? Oder ist es

ein Kompromiß, um die beiden Seiten zu beruhigen?

Was soll die Dokumentenjerger und noch dazu in dieser

Zeitung? Ein Kompromiß ist nicht möglich, weil der

Lydes eine gewisse Wahrheit vertritt, die er nicht

<p

mit noch viel schlimmeren, mit der Sabotage (mit dem Streit in dem Moment, wo er auch von den besten Situierten am empfindlichsten verprüft wird.)

Baden.

Karlsruhe, 21. Februar 1910.

Die Erste Kammer
hält am 26. Febr. die 6. Sitzung ab. Tagesordnung:
Budgetberatung.

Badischer Eisenbahnrat.

Am 5. März findet eine Sitzung des Eisenbahnrats statt zur Beratung des Fahrplanentwurfs für die Zeit vom 1. Mai 1910 bis dahin 1911.

Der § 40 der Schulordnung in Karlsruhe.

Wir lesen im Stadtschreiber von Karlsruhe: „Das Metropolitum der städtischen Volkschulen hat festgestellt, daß eine große Anzahl von Volksschüler-Vereinen verschiedene Art zu Mitgliedern angehören. Der Stadtrat beschloß, das Ergebnis der Feststellungen dem Oberstaatsrat zur Entscheidung darüber vorzulegen, ob die in Betracht kommenden Vereine unter die Bestimmungen des § 40 der Schulordnung fallen, wonach der Beirat der Schüler zu bereits bestehenden Vereinen umsthaft ist.“

„Es darf dabei nicht vergessen werden, daß diese Unterstellung des Metropolitums durch einen Artikel der „Bad. Woch.“ gegen den Kindheit Jesu-Verein veranlaßt wurde.“

H. Die Schulfrage im Vordergrunde der letzten Wahlkämpfe.

Bekanntlich hat der geistige Führer der badischen sozialdemokratischen Fraktion Dr. Frank in der Mittelschuldebatte (33. Sitzung vom 11. Februar 1910) die Behauptung aufgestellt, die Schulfrage sei in den letzten Wahlkämpfen bei den Sozialdemokraten in die vorderste Reihe gestellt gewesen, ja unter dem Zeichen für oder gegen die gemischten Schulen seien die letzten Landtagswahlkämpfe vor sich gegangen.

Diese Behauptung entspricht natürlich keineswegs den Tatsachen. Abg. Dr. Zehner, der unmittelbar nach Dr. Frank das Wort erhielt, gab auch die gehörhähnliche Antwort, indem er u. a. ausführte:

„Soweit mir sozialdemokratische Flugblätter vorgekommen sind, habe ich zwar über die Grundzüge und über den „Schneppenblatt“, über die Rassfeuer und über die Erbabschaffung und über all diese Dinge umfangreich und gründliche Schmähungen gegen das Zentrum und gegen die Parteien, die die Reichsfinanzreform gemacht haben, gehört und gelesen; ich habe aber nichts von Schulflugblättern gesehen. (Sehr richtig! im Zentrum. Abg. Süßkind: In allen ist es gestanden!) Widerpruch. Abg. Süßkind: Ich will es Ihnen zeigen! Abg. Frank: Ausdrücklich ist es darin gestanden! Ich kann nur sagen, wenn allemal in einem oder andern etwas darin gestanden ist (Bunzau: Ja allein!), so war es ja untergeordnet und so übergewichtet von den anderen Dingen, daß es objektive Unwahrheit ist, wenn hier der Führer der sozialdemokratischen Partei behauptet, die Schulfrage sei im Vordergrunde des letzten Wahlkampfes gestanden.“

Unterjacent sind die Zwischenrufe von beiden sozialdemokratischen Parteien; darnach ist in allen Flugblättern von der Schulfrage gestanden, nach Dr. Frank sogar ausführlich!

Wie wenig aber diese Zwischenrufe sich auf Tatsachen stützen, dafür nur ein Beispiel! Ich habe vor mir ein sozialdemokratisches Flugblatt liegen, das den Wahlzettel beilegt war. Dieses Flugblatt war ein leichter Aufruf an die Wähler zur Wahl des bestehenden sozialdemokratischen Kandidaten am 21. Oktober 1909. Solche Flugblätter enthalten stets die wichtigsten Punkte, behandeln besonders noch einmal die Frage, die im Vordergrund des Wahlkampfes steht. Aber, siehe da, trotz mehrfachen Durchleseens, nirgends war das das Wort „Schule“ zu entdeden, von einer „ausführlichen“ Behandlung der Schulfrage keine Spur! Da gegen schließt der Aufruf mit folgendem:

„Wähler! Mitbürger! Der 21. Oktober soll dem Sozialisten die Duttung für den Volksvertreter der Wiedergewinnung bringen. Er soll der Zahltag sein für die Preisgabe des Kilometerfestes, für das agrarische Vermögenssteuergefecht, für die nicht eingehaltenen Versprechungen bei Einführung der Personalreform.“

Dieses Flugblatt wurde aber nicht in Meßkirch oder in Wertheim verteilt, dieses Flugblatt wurde auch nicht auf privatem Wege ohne Einverständnis mit der betreffenden sozialdemokratischen Leitung gedruckt. Denn in diesem Falle könnte man als Entschuldigung annehmen, Dr. Frank, kohl, Willi hätten nichts gewußt von diesem Flugblatt.

Dieses Flugblatt wurde vielmehr hier in Karlsruhe in der Quisenfrage beim „Volksfreund“ gedruckt, dieses Flugblatt wurde hier in Karlsruhe verteilt, und zwar in der Weißstadt, und dieses Flugblatt forderte auf zur Wahl des heutigen sozialdemokratischen Abgeordneten Willi, also eines Kandidaten in der gleichen Stadt, in der Dr. Frank und kohl gewählt wurden!!

Diese Selbststellung dürfte für hente genügend beleuchten, was von den Behauptungen mancher sozialdemokratischen Abgeordneten zu halten ist. Wie man's gerade braucht! —

Aus den Parteien.

Bruchsal, 20. Febr. Heute vormittag erfolgte in öffentlicher Versammlung die Wahl des Landesvorstandes. Es wurden gewählt: zum ersten Vorsitzenden R. A. Frey - Karlsruhe, zum zweiten Vorsitzenden Stadtrat Kölch - Karlsruhe, zum Schriftführer Registratur Jakob und zum Kassier Prof. Burkart - Bruchsal. Dr. Blaustein - Mannheim hielt einen Vortrag über das Thema: Haben wir noch ein gleiches Wahlrecht zum Reichstag? Er forderte eine neue Wahlkreiseinteilung und die Verhältniswahl. Kammersteigergraph Frey sprach über Verhältniswahlen. An die Vorträge knüpften sich eine längere Diskussion, an der sich u. a. Generalsekretär Kölch - Köln und Abg. Rebmann beteiligten. Um 2 Uhr wurde die Versammlung durch Kölch - Karlsruhe geschlossen. Sodann fand ein gemeinschaftliches Mittagessen statt. Zum Laufe des Nachmittags besichtigten die Delegierten die Stadt.

Winterstorf, 20. Febr. Soeben haben wir hier eine prächtige Zentrumssitzung geschlossen: Der große Hirschsaal war bis auf den letzten Platz überfüllt. Herr Landtagsabgeordneter Seubert sprach über andere Stundens über die schwedenden politischen Fragen; man merkte es allen Zuhörern an, daß sie gerne noch lange weiteren Ausführungen gefolgt wären. Um meistens schlägt die Schulfrage beim Volle ein. Und wenn die

Herren Sozialdemokraten glauben, das Volk sei für ihre Schulideale, so mögen sie nur auf's Land gehen. Sie werden dort ein blaues Wunder von Anerkennung erleben. Wenn es überall mit den Zentrumsstädten so bestellt ist, wie es in Winterstorf den Anschein hat, wird der Kandidat des Zentrums, Herr Oberlandesgerichtsrat Schmidt, diesmal eine recht glänzende Mehrheit bekommen.

○ Rastatt, 20. Febr. Für die Erwahl im 38. Wahlkreis stellten die Nationalliberalen den Gemeinderat Ulrich wieder als Kandidaten auf.

Berichtigung. In dem Artikel „Die Stellungnahme des sozialdemokratischen Frauenbundes in Sachen der Mutterhaushaltserziehung“ in Nr. 39, 2. Bl. des „Beobachter“ ist in der ersten Zeile des letzten Absatzes ein sinnstörender Fehler unterlaufen. Es muß natürlich heißen: „Wenn ein genügender Grund nicht vorliegt, das Wöhnerinnengeld niedriger zu gestalten usw.“

Arbeiterzeitung.

Freiburg, 20. Febr. Der Stadtrat beschloß die verschwiegene Einführung der freiwilligen Arbeitslosenversicherung. Für diesen Zweck sollen 3000 M. in's Budget eingesetzt werden.

Kleine badische Chronik.

+ Pforzheim, 10. Febr. Heute früh wurden im Haus Lampestr. 5 dahinter der 44jährige Fabrikant Friedrich Schwemmer jun., dessen Tochter Mathilde geb. Kohl 21 Jahre alt und die 18jährige Tochter Ernestina ebenfalls aufgefunden, durch eigenen Vermögensverlust und durch die in Verfall geratenen Vermögensverhältnisse schwer auswärtiger Verwandter, die wieder ihre Mütterlichkeit ausübten, zur Verweilung gebracht, fanden sie den Entschluß freiwillig aus dem Leben zu scheiden und verzögerten sich mit Gnade. Eine 17jährige Tochter des früher sehr wohlhabenden Ehepaars befindet sich auswärts in einem Württembergspital. Sowohl der Vater des Mannes, als der Frau befinden sich noch am Leben. — Seit 14 Tagen in eine Berlinerin, Pauline Neuweiler, vor ihr abgereist, welche in dem Gewicht ihres Prinzips Al-Dietrich, Magazin am Hochschulabsatz, nach und nach über 4000 Mark unterzogen haben soll, wie sich nachdrücklich ergaben habe.

○ Münsingen, 20. Febr. Das Anwesen des Landwirts Peter Minzer ist völlig niedergebrannt. Zu Grunde gingen große Ernteverluste. Das Feuer konnte getötet werden. Der durch Versicherung bedekte Schaden wird auf ca. 1500 M. berechnet.

○ Freiburg, 20. Febr. Sein 50jähriges Doctor med. Bäumler konnte Exzellenz Wirklicher Geheimer Rat Dr. med. Bäumler begehen.

Lokales.

Karlsruhe, 21. Februar 1910.

○ Volksvereinsversammlung. Wir machen nochmals auf die heute (Montag) abend stattfindende Volksvereinsversammlung aufmerksam, in der Herr Dr. Messier aus M.-Gladbach sprechen wird. Die loth. Männerwelt ist zu recht zahlreichem Besuch eingeladen.

○ Über das Zentrum hielt am 16. d. M. abends im Saale der „Wer Jahresszenen“ Rechtsanwalt Dr. Trunz auf Einladung der Ortsgruppe des badischen Verbandes für Frauenimmunität, des Vereins Frauenbildung - Frauenstudium und der Rechtsanwaltsstube für Frauen einen sehr gebreiteten Vortrag, als ersten des vorgebereiteten Vortragszyklus über die politischen Parteien. Er setzt dem Rüste gezeigt, nicht nur aus Höflichkeit gegen die Frauen, sondern auch, weil die deutsche Zentrumspartei durchaus in der Lage ist, ihr Programm zu vertreten und mit ihrem Programm und ihren Leistungen nicht hinter dem Berg zu halten braucht. In klarer, leicht verständlicher Weise behandelte dann der Redner die Gründung der Zentrumspartei und ihre Vorläufer und wies hier überzeugend den Vorwurf zurück, daß das Zentrum eine konfessionelle Partei sei und deshalb im politischen Sinne eine Verachtung habe. Gegenüber diesem Vorwurf wies Redner ferner auf das Programm und die Tätigkeiten des Zentrums hin. Ohne Übertriebung ließ Redner einfach die Tatsachen reden, die eine glänzende Vertheidigung des Zentrums, seiner Grundsätze und seiner Tätigkeit auf staats- und volkswirtschaftlichem, politischen, volkswirtschaftlichem, sozialpolitischen und freiheitlichem Gebiet darstellen. Der Vortrag fand lebhafte Beifall. Eine Diskussion sollte sich nicht unmittelbar an den Vortrag anschließen. Diese soll erst stattfinden nach Erledigung sämtlicher Vorträge an einem besonderen Diskussionsabend. Die Damen zeigten großes Interesse. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt.

○ Anteilnahme vom Akademischen Bismarckbund. Bei der Aufführung des heurigen Baldings konnten nicht alle Veranstaltungen untergebracht werden. Zu begreifen ist es, daß der Akademische Bismarckbund auch noch das Seine zur Baldingsnacht. Humor und besonders unreinlicher, kann es in unterm traurigen Zeit gar nicht genug geben. Wir wiesen darum an dieser Stelle auf den Vortrag hin, der am heutigen Montag statt in genannten Verein gehalten werden soll. Als Masterade empfehlen sich für Herren am besten Zeutzen - Augst - Möhren, für Frauen eignet sich am besten die Mittnahme der häuslichen Bringschneide zum Händlungen ob der erschöpflichen Bosheit der Kleriker.

○ Die häßlichen Flugblätter Neumanns, die auch hier in großer Anzahl verbreitet wurden, haben am 17. d. das Stuttgarter Schwurgericht bestürzt, daß unbedeutlicher Weise zu einem Richtungslösung kam, obwohl Neumann und seine Frau, die beide angeklagt waren, als geistig normal angesehen wurden und an dem Urtheil der Gerichtsverhandlung nicht teilnahmen.

○ Gebt uns die Kinder amt. Das 2-jährige Kind eines der Lüftchenzweige wohntestricher Schriften ist am 18. d. M. vormittags halb 12 Uhr dadurch verunglückt, daß es in der Küche auf einen mit heißem Wasser und Würze gefüllten und mit einem Deckel versehenen Kochtopf stieß, um einen Nagel in die Wand zu schlagen, wobei der Deckel umkippte und das Kind beide Beine direkt verbrachte, daß es am 19. d. früh 2 Uhr infolge eingetretener Herzähnigung starb.

○ Aus dem Gerichtsaal.

Ein geradezu unbegreifliches Urteil des Schwurgerichts.

Stuttgart, 18. Febr. Das „Deutsche Volksblatt“ schreibt: Der Polizeipräsident Friedrich Neumann und seine Frau standen gestern vor dem Schwurgericht unter der Anklage, durch Verbreitung von Flugblättern die katholische Kirche und ihre Einrichtungen fortgesetzte Schädigung zu haben. Die Frau wurde schon zweimal vom Schwurgericht wegen Religionsvergehens zu Gefängnisstrafen verurteilt. Der Angeklagte Neumann ist wegen Diebstahl, Betrugs und Körperverletzung mehrmals verurteilt. Er wurde vor Jahren für gesetzlos erklärt, verübt gegen ihn ausgesprochenen Strafen kamen deshalb nicht zur Vollstreckung. Im jetzigen Fall handelt es sich um drei Flugblätter, die der Mann verfaßt hat. Eines der unter Anklage stehenden Flugblätter stimmt genau mit einem Flugblatt überein, wegen dessen die Frau seinerzeit verurteilt wurde. Die Flugblätter

enthalten Aussprüche aus Schriften von Graf Hoensbroich, Pfarrer Gottfried Schwarz u. a. Sie haben vielfach einenhaarsträubenden Inhalt. Das Flugblatt mit der Überschrift: „Wahrheit hat keinen Schuh als sich selbst — braucht auch keinen“, hat Neumann in Hubertusfestschen von Exemplaren in Deutschland verbreitet. Den von ihm eingangs der Verhandlung gestellten Antrag, Graf Hoensbroich und Pfarrer Gottfried Schwarz und Neumann als Sachverständige zu laden, lehnte das Gericht ab.

Die Verleumdung der Flugblätter nahm längere Zeit in Anspruch. Der Angeklagte verteidigte sich in längerer Zeit in Anspruch. Er will durch persönliche Erfahrungen in seinem jeweiligen Kampf veranlaßt worden sein. Die Frau bestreit, daß sie an der Verbreitung der Flugblätter beteiligt gewesen sei; allein gegenwärtig sei er nicht gejagt.

Der Angeklagte sei dem Sachverständigen zugegeben, daß er früher nur die Beifestsetzung fürmiert habe, um schärferen Strafen zu entgehen. Auch hat er dem Sachverständigen erklärt, er betrachte den Vorklagebrief seiner Frau als Geisteskrank zu behandeln.

Der Staatsanwalt bezeichnete die Flugblätter als Schändliche und rohe Schimpfworte gegen die katholische Kirche und ihre Einrichtungen gebracht. Ein derartiges Treiben — kann in einem paritätischen Staate unmöglich geduldet werden. Nicht bloß bei den Katholiken habe er schweres Aergernis hervorgerufen, sondern auch auf protestantischer Seite. Der Angeklagte wolle ein keinen anderen erlösen, wie er bei seinem jetzigen Vorklagebrief gezeigt habe.

Der Staatsanwalt bestreitete, daß der Angeklagte seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen. Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen. Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

Der Angeklagte bestreit, daß er seine Frau als Geisteskrank erklären wolle, um die Strafe zu entgehen.

war aus Württemberg, Baden, Bayern und Frankfurt a. M. zahlreich beschäftigt. Der Parteitag beschloß mit allen gegen 6 Stimmen den Beitritt zu der vereinigten Linken. Die sechs ablehnenden Stimmen waren hauptsächlich Bayern unter Führung von Dr. Quirke. Zum ersten Vorsitzenden des Zentral-Ausschusses der neuen Partei soll der Landtags-Abgeordnete Gundolf-Frankfurt a. M. gewählt werden, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Abgeordnete Bayer. Die konstituierende Versammlung der neuen Partei soll am 6. März in Berlin abgehalten werden. Am Schluss der Tagung wurde noch eine Resolution angenommen, in welcher den norddeutschen Parteigenossen die Sympathie und Unterstützung im Wahlkampf in Aussicht gestellt wird und in welcher gegen die Neuerung des Reichstagswahlrechts scharf protestiert wird.

Ein deutsch-kanadisches Handelsabkommen.

Ber

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern lieben Gatten, Vater, Großvater, und Schwiegervater,
Josef Kaiser,
heute mittag 1 Uhr, nach kurzem, schweren Leiden, im Alter von 86 Jahren, zu sich in die ewige Heimat abzurufen.
Im Namen der tiestrauernden Hinterbliebenen:
Ludwig Kaiser, Buchdruckereibesitzer.
Karlsruhe, den 20. Februar 1910.
Die Beerdigung findet Dienstag mittag 2 Uhr, von der Friedhofskapelle aus, statt.
Trauerhaus: Alabedienstraße 18, II.

Die Handschuhe
der seit dem Jahre 1865
bestehenden Firma

Ludwig Oehl

Nachf., Karlsruhe,
Kaiserstr. 112,

sind rühmlichst bekannt durch
schönen Sitz und gute Qualitäten.

Dankdagung.

Für die herzliche Teilnahme bei dem Hinscheiden des nun in Gott
ruhenden, hochwürdigen Herrn

August Löffler,

Pfarrer von Wassenweiler,

sprechen hiermit ihren aufrichtigen Dank aus

Die tiestrauernden Ahnverwandten.

In deren Namen:

Karl Löffler, Groß. Landgerichtsexpedit.

Freiburg i. Br. und Wassenweiler, den 19. Februar 1910.

Katholischer Männerverein Constantia.

Die ordentliche Generalversammlung
findet am Mittwoch, den 23. Februar ds. Jrs., abends 1/2 Uhr, im
Vereinslokal statt.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Rechenschaftsbericht.
3. Wahl des Gesamtvorstandes.
4. Wahl zum Ortsausschuss und der Rechnungsreviseure.
5. Antrag des Mitglieder.

Anträge der Mitglieder müssen 8 Tage vor der Generalversammlung dem
Vorstand schriftlich mitgeteilt werden.

Die verehrlichen Mitglieder sind zu zahlreicher Beteiligung hiermit höflichst
eingeladen.

Karlsruhe, den 7. Februar 1910.

Der Vorstand:
J. B.
Möller.

Katholischer Männerverein der Oststadt.

Mittwoch, den 23. Februar, abends halb 9 Uhr, findet im
Vereinslokal zum Saalbau, Bachstraße, unsere diesjährige

ordentliche Hauptversammlung

statt mit folgender Tagesordnung:

1. Jahres- und Kostenbericht,
2. Neuwahl der ausscheidenden Ausschussmitglieder,
3. Neuwahl der Vertreter zum Ortsausschuss,
4. Beratung etwaiger Anträge.

Anträge müssen mindestens 5 Tage vor dem Tage der Versammlung
schriftlich dem 1. Vorstand eingerichtet werden.

Wir laden unsere Mitglieder mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen er-
gebnest ein.

Die Vorstandschaft.

Der Hochw. Geistlichkeit empfehle mein vorzüglichstes

Ritzenöl (Ewiglichtöl)

garantiert rein v. jed. Zusatz v. Mineralöl u. für tadellos,
spars. Brennen, dabei best. geeign. für meine echt frz.
ff. Guillondichte. Führe auch ff. Weihrauch u. Weihrauch-
würzelkohlen. Zahlr. Anerkennungen.

Joh. Weissmann, Station Klengen. Teleph. Villingen 173.

Friedrichsbad

136 Kaiserstraße 136.

An den fünf ersten
Tagen der Woche
kostet ein Wanne-
bad für Männer und
Frauen

35 Pfennig

Samstags **40 Pfennig**.

Zum Moninger

Ecke der Kaiser- und Karlstraße * KARLSRUHE * Haltestelle der
Hauptauschank der Brauerei- gesellschaft vormals S. Moninger
Café, Speisesaal, Spiel- und Billardzimmer im I. Obergeschoss
Grosser schattiger Garten
Vorzügliches helles und dunkles Bier
Anerkannt gute Küche
Zu zahlreichen Besuchen lädt ergebnest ein

Jos. Schuh.

Christ. Oertel, Karlsruhe,

Kaiserstr. 101/103,
Manufakturwaren-, Betten- und
Ausstattungs-Geschäft.



Grosses Lager fertiger Betten, Bettstellen, Bettfedern, Flämm, Rosshaar, Steppdecken, Wolldecken, Piquedecken, Baumwoll- und Leinenwaren u. s. w.
: Uebernahme : :
ganzer Ausstellern.

Ständige Ausstellung von Schlafzimmer-Einrichtungen in allen Stilen.
Billige Preise. . . Reelle Bedienung.

Kostenvoranschläge und Muster stets gerne zu Diensten.

Wolfschlucht

Schützenstraße 10.

Jeden Dienstag

Schlachttag

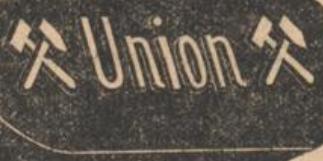
Ludwig Müller.

In plombierten Säcken von netto 1 Ztr.

werden regelmässig an bestimmten Tagen der Woche



Braunkohlen-



Brikets

in den einzelnen Stadtteilen durch Fuhrwerke angeboten. Das **Union-Braunkohlen-Briket** eignet sich für

Herde und Öfen jeden Systems, verbrennt mit **starker, langanhaltender Hitze, ohne** dabei
merklich **Rauch, Geruch, Russ oder Schlacken** zu hinterlassen und lässt sich durch das ökonomische

Verbrennen **Dauerbrand** erzielen und kostet

Mk. 1.25 per Ztr. frei Keller oder Wohnung, gegen Kasse.

Ich übernehme auch zu vorstehendem Preis Abonnements auf regelmässige Lieferung beliebiger Mengen an be-
stimmten Wochentagen. — Bei Mehrabnahme billiger.

H. Mülderger, Karlsruhe

Reederei. Kohlen, Koks, Braunkohlen-Brikets.

Kontor: Karlstraße 29 a.

Grosses Lager am Rheinhafen.

Telephon 250.

Versand in Waggonladungen ab Werk und ab Rheinhäfen.

Telephon 250.

Telephon 250.